

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Gugler

Nawaz Sharif des Amtes enthoben

Nach wochenlanger Regierungskrise musste Ministerpräsident Nawaz Sharif am 28. Juli sein Amt niederlegen. Der Oberste Gerichtshof hatte ihn nach zahlreichen Korruptionsvorwürfen abgesetzt. Bereits im April 2016 enthüllten die Panama Papers pikante Details über die Vermögensverhältnisse seiner Familie. Drei seiner vier Kinder stehen als Eigentümer diverser Briefkastenfirmen auf den Britischen Jungferninseln in den Panamapapieren. Diese Briefkastenfirmen verwalten unter anderem mehrere Luxusanwesen in London. In mehreren Städten Pakistans organisierte die Opposition Massendemonstrationen wegen des *Panamagate*. Daraufhin forderte ein Gericht die Sharif-Familie auf, die geleakten Daten zu erläutern. Dazu reichte Sharifs Tochter Maryam Akten vom Februar 2006 ein, die in der Schriftart Calibri verfasst waren. Jedoch wurde der Calibri-Schriftsatz erst 2007 von Microsoft öffentlich zugänglich gemacht, so dass sich die Belege als offensichtlich gefälscht erwiesen. Als „*Fontgate*“ gewann die Debatte um das Vermögen der Sharif-Familie an Dynamik. Am 20. April 2017 urteilte der Oberste Gerichtshof noch, dass die Beweise gegen Nawaz Sharif nicht für eine Amtsenthebung ausreichen, setzte aber eine Untersuchungskommission ein, die am 5. Mai ihre Arbeit aufnahm. Die Untersuchungskommission stellte in ihrem Abschlussbericht vom 10. Juli fest, dass das Sharif-Vermögen die bekannten Einkommensquellen signifikant übersteige und zu den eingereichten Nachweisen zu den Einkünften eine „krasse Lücke“ bestünde. Das Vorlegen gefälschter Dokumente wurde als Straftat bezeichnet. Am 28. Juli urteilte der Oberste Gerichtshof schließlich zuungunsten Nawaz Sharifs. Während viele Pakistaner das Gericht für seinen Mut loben, verbreiten Sharif-Anhänger die These, der juristische *Coup d'état* sei vom militärischen Establishment inszeniert worden als Reaktion auf die voranschreitende Demokratisierung unter Nawaz Sharif sowie seiner Entspannungspolitik gegen den Erzfeind Indien. In der Tat muss eingeräumt werden, dass Nawaz Sharif selbst keines Fehlverhaltens überführt wurde. Sämtliche Beweise belegen lediglich, dass seine Kinder mit Geldwäsche und Offshore-Firmen die Finanzen der Familie managen. Nawaz Sharif war bereits zum dritten Mal Ministerpräsident Pakistans, konnte aber keine Amtszeit bis zum regulären Ende absolvieren. 1993 wurde er ebenfalls wegen Korruption und Geldwäsche entlas-

sen. 1999 putschte Pervez Musharraf ihn aus dem Amt. Pervez Musharraf erntete in den sozialen Medien überwiegend Hohn für seinen jüngsten Aufruf, Nawaz Sharif als Angeklagten in einem Strafprozess auf die Ausreisekontrollliste zu setzen, damit er das Land nicht mehr verlassen könne. Als Nachfolger hatte Nawaz Sharif zunächst seinen Bruder Shehbaz Sharif nominiert. Aber da dieser zurzeit nicht Mitglied des Parlaments ist, kann er nicht vereidigt werden. Nawaz Sharifs zweite Wahl fiel auf Shahid Khaqan Abbasi, der das Amt am 1. August vorübergehend übernahm (vgl. auch Kommentar in diesem Heft).

Facebook-Streit: Blasphemie versus Redefreiheit

In Pakistan gibt es etwa 33 Millionen Facebook-Nutzer. Die Regierung geriet allerdings bereits mehrmals mit Facebook aneinander und hat die Seite auch wiederholt blockiert. Im Juli empfing nun der pakistanische Innenminister Facebooks Vizepräsident Joel Kaplan. Es war das erste Treffen dieser Art. Dabei hatte er insbesondere zwei Anliegen: Zum einen schlug er vor, Facebook Profile in Pakistan mit nationalen Mobilfunknummern zu verifizieren, damit Fake-Profile effektiver verhindert und echte Profile ihren Urhebern von pakistanischen Strafverfolgungsbehörden korrekt zugeordnet werden könnten. Zum anderen forderte er Facebook im Namen aller islamischen Länder zu einer Reinigung islamophober Inhalte auf. Muhammad-kritische Inhalte sind in Pakistan aufgrund des Blasphemie Gesetzes verboten, und das Land könne solche Texte auch auf Facebook nicht erlauben. Vorab drohte der Minister, Facebook in Pakistan dauerhaft als illegale Webpräsenz zu blockieren. Im Juni 2017 war der 30-jährige Schiit Taimoor Raza wegen eines beleidigenden Facebook-Kommentars gegen Deobandis von einem Anti-Terror-Gericht wegen Blasphemie zum Tode verurteilt worden. Facebook versprach, pakistanische Profile zum Schutze der Meinungsfreiheit nicht zwingend mit Mobilfunkdaten zu verknüpfen und die Löschbemühungen für Fake-Profile wie beleidigende Kommentare weiter auszubauen.

Raymond Davis erzählt seine Version

Im Januar 2011 erschoss der CIA-Mitarbeiter Raymond Davis in Lahore zwei bewaffnete Männer unter ungeklärten Umständen. Ein Dritter kam bei einem

Verkehrsunfall mit amerikanischen Botschaftsmitarbeitern ums Leben, die Davis zu Hilfe eilten. Der Vorfall stürzte die Beziehungen zwischen Pakistan und den USA in eine schwere Krise. In westlichen Kreisen hieß es damals, beide Getöteten könnten ISI-Agenten gewesen sein. Pakistan verbat sich diese These und bestätigte lediglich, dass es sich bei den zwei Männern um polizeibekannte Kriminelle handele, die möglicherweise für Terroristen arbeiteten. Gleichzeitig nährten offizielle pakistanische Kanäle das mit der Fremdenfeindlichkeit spielende Narrativ von irrational mordenden Ausländern in Pakistan – den „weißen Terroristen“. Davis kam in ein pakistanisches Gefängnis, und ein Gericht entschied, dass der Fall nach Scharia-Standards und nicht nach dem Strafgesetz zu verhandeln sei. Nach Zahlung von 2,4 Millionen US-Dollar Blutgeld durch die USA wurde Davis von seinem Botschafter ausgeflogen. Im Juni 2017 erschien die Eigendarstellung von Raymond Davis unter dem Titel *The Contractor: How I landed in a Pakistani prison and ignited a diplomatic crisis*. Das Buch wurde von der Medienabteilung des CIA redigiert. In dem Buch wirft er der pakistanischen Regierung vor, die eigene Bevölkerung über den Vorfall systematisch belogen zu haben. In Pakistan stieß den Rezensenten bitter auf, mit welchem devotem Wohlwollen pakistanische Militärs mit amerikanischen Behörden kooperierten, um einen für beide Seiten gesichtswahrenden Verlauf und Ausgang des Gerichtsverfahrens zu organisieren. Pakistans ehemaliger Innenminister kam für die Visagenehmigung an Davis besonders in die Schusslinie. Er erklärte im Juli, Davis sei aufgrund seiner immensen Schulden und so kurz nach seiner Scheidung für den indischen Geheimdienst ein leichtes Opfer gewesen. In Wahrheit sei dieses Antipakistanlügenbuch von einem R&AW (*Research and Analysis Wing*, indischer Auslandsgeheimdienst)–Ghostwriter verfasst. Davis habe lediglich seinen Namen verkauft.

Pakistans „Mutter Theresa“ gestorben

Die 87-jährige deutsche Ärztin und Ordensschwester Ruth Pfau, bekannt als „Mutter der Leprakranken“, ist am 10. August 2017 in Karachi verstorben. Der Orden der „Töchter vom Herzen Mariä“ sandte sie 1960 nach Indien, aber wegen eines Visaproblems wurde ihre Weiterreise in Pakistan verzögert. Schockiert von den Zuständen in den Slums von Karachi entschied sie sich zu bleiben. Sie baute das Marie-Adelaide-Leprazentrum in der pakistanischen Wirtschaftsmetropole auf und behandelte Zehntausende. Für ihr Engagement wurde sie mehrfach ausgezeichnet.

Terrorismus

Die pakistanischen Taliban (TTP) haben Anfang August ein englischsprachiges Dschihad-Magazin für Frauen aufgelegt, das digital vertrieben wird. Der Titel der Zeitschrift *Sunnat-e Khawla* erinnert an eine Kämpferin aus dem siebten Jahrhundert. Es enthält unter anderem das erste Interview mit der Ehefrau des Talibanführers Mullah Fazlullah sowie Aufrufe, Sportunterricht für Frauen zu organisieren und die Handhabung von Handgranaten zu erlernen.

Am 24. Juni kam es zu einem Doppelanschlag auf dem Markt in Parachinar. In der Stadt leben mehrheitlich Schiiten. 67 Menschen wurden getötet und 200 verletzt. Die *Lashkar-e Jhangvi* bekannte sich zu dem Anschlag. Der 20. UN-Bericht des *Analytical Support and Sanctions Monitoring Team* berichtete jüngst, dass der IS Anschläge an die LeJ outsourct.

Am 24. Juli hat ein Selbstmordattentäter in Lahore 26 Personen getötet, darunter neun Polizisten, und 56 weitere verletzt. Die TTP bekannte sich zu dem Anschlag.

Am 12. August hat sich ein Selbstmordattentäter neben einem Militärfahrzeug in Quetta in die Luft gesprengt. Dabei wurden acht Soldaten und sieben Zivilisten getötet. Die Dschihadisten-Miliz IS bekannte sich zu dem Anschlag.

Transgendergesetz

Zwei neue Gesetzentwürfe wurden Mitte August dem Parlament vorgelegt. Als Transgender gelten künftig alle, deren Genderidentität von den kulturellen Erwartungen des Geschlechts, das ihnen bei Geburt zugewiesen wurde, abweicht. Nach den neuen Gesetzen dürfen Transgenderpersonen im Erbrecht nicht mehr benachteiligt werden, der Zugang zu Bildungsinstitutionen darf ihnen nicht verschlossen und sie dürfen nicht mehr von öffentlichen Plätzen vertrieben werden. Ausweisdokumenten wird als weitere Geschlechtsbezeichnung neben „M“ und „F“ ein „X“ hinzugefügt.

Tankwagenunglück in Bahawalpur

Am 25. Juni verunglückte ein Tankwagen in Bahawalpur mit 40.000 Litern Benzin. Bei seiner Explosion starben insgesamt 216 Menschen, die versuchten, auslaufendes Benzin zu stehlen. Am 07. Juli forderte die Behörde für Öl- und Gasregulierung von *Shell Pakistan* eine Kompensation von einer Million Rupien für jedes Todesopfer und eine halbe Million Rupien pro Verletzten sowie eine Strafzahlung an die Regierung. Die Aktie von *Royal Dutch Shell* gab daraufhin leicht nach.